



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Vorschläge zur Ausgestaltung von einheitlichen Mindeststandards für die Übermittlung von Geldwäsche- Verdachtsmeldungen

Aktuell seit 22.05.2026 11:54:54

Aktiv vom 30.04.2025 bis 28.05.2026

Angegeben von:

Verband der Privaten Bausparkassen e.V. (R000755) am 30.04.2025

Beschreibung:

Der Verband setzt sich für eine praktikable und rechtssichere Ausgestaltung der geplanten GwG-Meldeverordnung ein, in der einheitliche Mindeststandards für die Übermittlung von Geldwäsche-Verdachtsmeldungen an die FIU festgelegt werden sollen. So sollen unnötige Doppelaufwände für die Verpflichteten vermieden, unverhältnismäßige Risiken ausgeschlossen und die Meldepflichten nach §§ 43 Abs. 1 , 44 GwG klar und verhältnismäßig ausgestaltet werden.

Betroffene Interessenbereiche (2)

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (1)

GwG 2017 [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2504300008 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]